



Ungeschminkt auf der Weltbühne: Die kanadische Außenpolitik unter Premier Stephen Harper

MEIKE WÖHLERT
März 2011

- In den fünf Jahren seit seinem Amtsantritt hat Stephen Harper Kanadas Gesicht verändert. Das einst positive Image ist angekratzt – obwohl das Land 2010 häufiger denn je im Rampenlicht stand.
- Früher war Kanada für seine konstruktive und visionäre Außenpolitik bekannt und geachtet. Doch multilaterale Beziehungen haben unter der konservativen Minderheitsregierung von Stephen Harper keine Priorität. Im Gegenteil: Der Prime Minister will ein anderes, ein *starkes* Kanada. Dieser Anspruch macht sich besonders in der Arktis bemerkbar.
- 2010 war ein außenpolitisches Ausnahmejahr für Kanada, voller Höhen und Tiefen. Sonst eher an Nebenrollen auf der Weltbühne gewohnt, stand das Land gleich mehrmals im Zentrum der globalen Aufmerksamkeit – zuerst im Februar bei den Olympischen Winterspielen in British Columbia, dann im Juni als Gastgeber der G8- und G20-Gipfel in Ontario.
- Kanada musste 2010 seine größte außenpolitische Niederlage einstecken: Das Land verlor das Rennen um einen nicht-ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat gegen die Konkurrenten Deutschland und Portugal.
- Beim Klima-Gipfel in Cancún erhielt Kanada zum vierten Mal in Folge den Fossil of the Year Award, eine »Auszeichnung« für den größten Blockierer der Klimaverhandlungen.

Das Außenministerium in Ottawa, am noblen Sussex Drive gelegen, ist ein gewaltiger schokoladenbrauner Klotz. Bei seiner Erbauung Anfang der 1970er Jahre galt das Gebäude als architektonische Meisterleistung. Es wurde nach Lester B. Pearson benannt, dem ehemaligen Außenminister und Regierungschef, der für seine maßgebliche Rolle bei der Lösung der Suez-Krise im Jahr 1957 den Friedensnobelpreis bekommen hatte. Kanada war stolz auf sich, seine Außenpolitik und auf seine Rolle in der Welt.

Doch die Zeiten und der Geschmack haben sich geändert. Heutzutage wirkt das Lester B. Pearson Building quadratisch, praktisch, abweisend – eine Trutzburg, errichtet aus einem gigantischen Stapel »Ritter Sport«.

Stephen Harpers konservative Minderheitsregierung, seit dem 6. Februar 2006 im Amt, steht für eine Außenpolitik der Stärke. Es geht um Souveränität und Sicherheitsfragen, nicht um Vermitteln und Versöhnen. Ob Friedensnobelpreis oder Kanadas Federführung beim Open-Skies-Vertrag zwischen NATO und den früheren Warschauer-Pakt-Staaten (1992), ob die Ottawa-Konvention zur Ächtung von Landminen (1999) oder die Beteiligung Kanadas an zahlreichen UN-Friedensmissionen – der Prime Minister sieht Multilateralismus und *Peacekeeping* als liberale Konzepte an. Und »liberal« ist in Stephen Harpers ideologisch aufgeladener Wertewelt gleichbedeutend mit »feindlich«.

In der konservativen Ideologie wird Außenpolitik ohnehin von Nationalbewusstsein dominiert. Stephen Harper hat selbst nie in einem anderen Land gelebt und macht daraus auch keinen Hehl. Im Gegenteil. Als der Intellektuelle Michael Ignatieff im Mai 2009 zum Vorsitzenden der liberalen Partei gewählt wurde, griffen ihn die Konservativen in Fernseh-Spots unablässig dafür an, dass er viele Jahre in den USA und Großbritannien verbracht hatte. »Michael Ignatieff – Just Visiting« war ein Slogan, der zu einem Stempel auf der Stirn des Oppositionsführers wurde. Wertschätzung internationaler Erfahrung sieht anders aus.

Die ersten Jahre von Harpers Regierungszeit waren außenpolitisch dann auch wenig bemerkenswert. Den Krieg in Afghanistan hatten die Konservativen von ihrer liberalen Vorgängerregierung geerbt und in erster Linie dazu genutzt, militärische Themen sowie Unterstützung für die Streitkräfte stärker im öffentlichen Bewusstsein zu

verankern. Ansonsten wurde das Engagement im Bereich *Peacebuilding* zurückgeschraubt und ein großer Teil der Entwicklungshilfe von Afrika nach Lateinamerika umgeschichtet. Die Außenminister kamen und gingen, bis der farblose Lawrence Cannon aus Quebec Ende 2008 kam und blieb.

2010 dräute am Horizont – ein Ausnahmejahr. Sonst eher an Nebenrollen auf der Weltbühne gewohnt, sollte Kanada gleich zweimal im Zentrum der globalen Aufmerksamkeit stehen: zuerst im Februar bei den Olympischen Winterspielen in British Columbia und dann noch einmal im Juni, als Gastgeber des G8 – und G20-Gipfels in Ontario.

Der amerikanische Kontinent

Das internationale Jahr begann mit einem großen Fest in British Columbia. Was Kanadas Rolle als perfekter Gastgeber für Athleten und Besucher aus aller Welt betrifft, waren die Olympischen Spiele ein voller Erfolg. Auch sportlich lief alles prima. Die kanadischen Athleten errangen eine Menge Medaillen.

Politisch konnte die Regierung zu Jahresbeginn ebenfalls punkten, mit der schnellen und effektiven Hilfe für das von einem Erdbeben verwüstete Haiti. Sie floss zunächst militärisch und medizinisch, anschließend durch die Aufstockung privater Spendengelder aus Steuermitteln, durch die Lieferung von Hilfsgütern, die kurzfristige Organisation einer internationalen Geberkonferenz sowie durch die unbürokratische Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für Haitianer, die in Kanada Verwandte haben; allein in Montreal gibt es etwa 100 000 Einwohner haitianischer Herkunft.

Die Beziehungen zwischen Lateinamerika und Kanada sind eng und vielfältig. Zirka elf Prozent der Neu-Immigranten kommen aus dem Süden des Kontinents. Es gibt mehr als 70 lateinamerikanische und karibische Diaspora-Organisationen. Die drei größten Gruppen stammen aus Jamaika, Haiti und El Salvador. Mit Mexiko ist Kanada durch den Tourismus und das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA eng verbunden. Seit 20 Jahren ist Kanada volles Mitglied der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Diese seien und blieben, so Prime Minister Stephen Harper bei einem Besuch in

der Region im Jahr 2007, »eine außenpolitische Priorität für Kanada«.

Größte außenpolitische Priorität aber haben naturgemäß die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Auch wenn Stephen Harper mit Barack Obamas republikanischem Vorgänger George W. Bush mehr gemein hatte, blieben die kanadisch-amerikanischen Beziehungen vom Stabwechsel im Weißen Haus weitgehend unberührt. Traditionsgemäß galt Präsident Obamas erster Staatsbesuch Kanada, seitdem ist er jedoch nur einmal aus Anlass des G8/G20-Gipfels dorthin zurückgekehrt. Umgekehrt besuchte Stephen Harper erst Anfang Februar 2011 wieder einmal Washington. Beide Seiten kündigten bei diesem Treffen an, die geltenden Bestimmungen an ihrer fast 9000 Kilometer langen gemeinsamen Grenze stärker auf einander abzustimmen. Eine Arbeitsgruppe soll in den kommenden Monaten einen Plan entwickeln, um einerseits Personenverkehr und Warenfluss entlang der Grenze zu erleichtern, andererseits die Sicherheitsvorkehrungen zu verbessern.

Kaum ein aktuelles Thema bleibt vom kanadisch-amerikanischen Verhältnis unberührt. Die Ausbeutung der Ölsand-Vorkommen haben viel mit dem Nachbarn im Süden zu tun, weil das Öl in die USA verkauft wird. Klimaschutzmaßnahmen will die kanadische Regierung, wenn überhaupt, nur in Abstimmung mit den USA ergreifen, um Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren. Es gibt außerdem eine intensive wissenschaftliche sowie militärische Kooperation mit dem NATO-Partner in der Arktis und in Afghanistan. Am deutlichsten zeigt sich die Verflechtung jedoch bei der Wirtschaft. Kanada hat ca. 33 Millionen Einwohner, Amerika fast zehnmal so viele. 75 Prozent des kanadischen Außenhandels finden mit den USA statt – und deshalb wirkt sich eine Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten immer auch in Kanada aus.

Zwar wurde Kanada durch die Rezession nicht so stark gebeutelt wie die Vereinigten Staaten, denn in Kanada existierte die Praxis der *Subprime Mortgages* nicht, das Bankwesen war und ist stärker reguliert, Arbeitslosigkeit und Haushaltsdefizit halten sich im Rahmen. Die Finanzkrise senkte jedoch die Kaufkraft der Amerikaner und damit die Nachfrage nach kanadischen Produkten, insbesondere nach Holz für den Hausbau. Außerdem versuchte die US-Regierung, die eigene Wirtschaft mit protektionistischen Maßnahmen anzukurbeln – was in Kanada großes Unbehagen auslöste.

Freihandelsabkommen mit der EU

Auch um sich aus dieser gefährlichen Abhängigkeit zu befreien, verhandelt die kanadische Bundesregierung – gemeinsam mit den Provinzen – seit 2009 über ein umfassendes Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union. 2010 gewann es an Fahrt. Das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) beschränkt sich nicht auf Güter und Dienstleistungen. Zwar stehen auch traditionelle Handelshemmnisse wie Zölle auf der Agenda, aber der Fokus liegt auf den sogenannten nicht-tarifären Handelsschranken. Zu diesen gehören unter anderem regulative Bestimmungen, Auftragsvergabeverfahren, Freizügigkeit und die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen.

CETA gilt als das umfangreichste Freihandelsabkommen, das Kanada seit der Verabschiedung von NAFTA in Angriff genommen hat. Die kanadische Regierung, die das Projekt angestoßen hatte, erwartet sich durch die Vergrößerung des Handelsvolumens eine Win-win-Situation für beide Seiten. CETA wird auf beiden Seiten des Atlantiks mit Interesse als Prototyp für ein zukünftiges EU-USA-Abkommen betrachtet. Dies geschieht allerdings eher in Fachkreisen, in der kanadischen Öffentlichkeit fand bis jetzt kaum eine informierte Debatte dazu statt. Und wird CETA doch einmal diskutiert, werden eher Meinungen geäußert als Argumente ausgetauscht.

Im linken politischen Spektrum findet sich eine starke Anti-CETA-Haltung. Das Abkommen wird allein schon deswegen abgelehnt, weil es gut in die konservative Agenda der Regierung passt. Kritik wird auch am Ungleichgewicht der beiden beteiligten Parteien geübt. Es herrscht die Sorge, dass die ohnehin negative Handelsbilanz mit der EU durch CETA noch negativer wird, und dass die EU – anstatt ihre progressiven sozialpolitischen Modelle zu exportieren – in Kanada nur die Interessen ihrer großen Unternehmen durchsetzt, zu Lasten der einheimischen Industrie, Arbeitskräfte und der geltenden Standards.

Diese Bedenken zeigen sich besonders deutlich beim Beschaffungswesen und der Auftragsvergabe. CETA-Gegner argumentieren, dass lokale und regionale Verwaltungen durch die Liberalisierung ein zentrales politisches Handlungsinstrument aus der Hand geben. Müssen europäische Firmen bei jeder öffentlichen Ausschreibung berücksichtigt werden, kann eine Stadtverwaltung die

einheimische Wirtschaft nicht mehr fördern, um zum Beispiel Arbeitsplätze zu retten. CETA-Befürworter versprechen sich dagegen von mehr Konkurrenz bessere Qualität und niedrigere Kosten für den Steuerzahler. Es besteht kein Zweifel, dass sich die Befürworter am Ende durchsetzen werden. Die Verhandlungen befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium und sollen im Laufe des Jahres 2011 abgeschlossen werden.

G8 und G20

Im Juni 2010 begrüßte Stephen Harper die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen beim G8-Gipfel im abgeschiedenen Huntsville. Für den Gastgeber lief es gut. Er hatte die Verbesserung der Gesundheitsvorsorge für Mütter, Kinder und schwangere Frauen in Entwicklungsländern auf die Agenda gesetzt – ein Vorhaben mit hohem Zustimmungspotenzial. Einig war man sich auch bei der Verurteilung des Irans und Nordkoreas für ihre Atomprogramme und bei der Ansicht, dass die G8 trotz der aufstrebenden G20 als politisches Forum auch weiterhin eine Existenzberechtigung habe. Am Tag darauf war es jedoch mit der ländlichen Idylle vorbei: Der Tross zog weiter zum G20-Gipfel nach Toronto.

Dieses vor zehn Jahren durch die Finanzkrise in Asien geborene Gremium von Industrie- und Schwellenländern ernannte sich in Toronto selbst zum »premier forum for our international economic cooperation«. Und so drehte sich im Metro Toronto Convention Centre alles um nachhaltiges, ausgewogenes Wirtschaftswachstum, um die Reform des Bankwesens und der internationalen Finanzinstitutionen sowie um die Liberalisierung des Handels anstelle von Protektionismus.

Was genau beraten wurde, verblasste allerdings hinter den exorbitanten Kosten (über 900 Millionen Dollar allein für die Sicherheit), dem eigens umzäunten Sperrgebiet in der Innenstadt und dem *Fake Lake*, einem künstlichen See im Medienzentrum. Während des zweitägigen Gipfels kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Protestierenden und der Polizei. Mehr als 1 000 Demonstranten wurden festgenommen. Es war die größte Massenverhaftung in der kanadischen Geschichte. Sie löste innenpolitisch ein heftiges Nachbeben aus und führte zu weiteren Protestmärschen – und zu Prozessen gegen Demonstranten wie auch Polizisten.

Arktis

Im Sommer fuhr Stephen Harper zum fünften Mal in die Arktis. Zusammen mit Verteidigungsminister Peter MacKay nahm er im August an der *Operation Nanook* teil, einem jährlich wiederkehrenden Gemeinschaftsmanöver der kanadischen Armee, der Bundespolizei, der Küstenwache und anderer lokaler Behörden. Zum ersten Mal waren auch Truppen aus den USA und Dänemark dabei. Die Übung diene vor allem dazu, Präsenz in der Arktis zu zeigen und die kanadische Souveränität vor Ort zu betonen, erklärte Harper und sagte: »Seit andere Länder sich verstärkt für die Arktis und ihre Ressourcen interessieren (...), müssen wir auch weiterhin unseren Hoheitsanspruch vertreten und die Sicherheit der kanadischen Staatsbürger in der Arktis garantieren.«

Während Harper anderen, nicht-arktischen Nationen also rein wirtschaftliche Interessen in der schmelzenden Arktis unterstellt, waren die Einbeziehung von zwei NATO-Partnern ins Manöver und die Anspielung auf die Sicherheit eindeutig gen Moskau gerichtet. Schon vor Harpers Besuch und auch währenddessen kam es immer wieder zu Konfrontationen mit russischen Kampffjets. Diese sind zwar bis jetzt noch nie in den kanadischen Luftraum eingedrungen, fliegen aber gerne mal so nah heran, dass die kanadische Luftwaffe ihre eigenen Jets losschickt.

Auch machten mehrere Schiffe im Arktischen Sommer Schlagzeilen. Das erste war die *Polarstern*, ein Forschungsschiff des Potsdamer Alfred-Wegener-Instituts. Es musste die kanadischen Gewässer Ende Juli nach einer einstweiligen Verfügung verlassen. Inuit-Gruppen hatten sie erwirkt, aus Protest gegen seismographische Tests, die mit ihrer Lautstärke die Tierwelt belasten und für die Suche nach Öl eingesetzt werden können. Im Spätsommer lief dann ein Tanker auf Grund, beladen mit neun Millionen Litern Diesel, Benzin und Kerosin. Die Mannschaft kam mit dem Schrecken davon – und das Öl lief nicht aus.

Doch diese Vorfälle sind nur ein Vorgeschmack auf das, was durch verstärkten Schiffsverkehr in eisigen, abgelegenen Regionen noch kommen könnte. Anfang Januar 2011 hat die kanadische Regierung angekündigt, bei *Search and Rescue* enger mit anderen arktischen Nationen zusammenzuarbeiten. Ein entsprechendes Abkommen soll beim nächsten Treffen des Arktischen Rats im

Mai unterzeichnet werden. 2013 wird Kanada den Vorsitz des Rates übernehmen.

Zu den Grundzügen der Arktis-Außenpolitik gab Außenminister Cannon bereits im August 2010 eine Erklärung ab. Darin ging es um die nachhaltige Nutzung der Ressourcen, die Entwicklung der ansässigen Gemeinden und deren Sicherheit. Als wichtigste Aufgabe nannte er die Kooperation mit den anderen Arktis-Anrainerstaaten, die Stärkung des Arktischen Rats sowie die Lösung offener Grenzfragen.

Noch immer erheben sowohl Kanada als auch Dänemark Anspruch auf die winzige, vor Grönland gelegene Hans-Insel. Mit den USA besteht nach wie vor ein Disput über den Grenzverlauf in der Beaufort Sea zwischen Alaska und Yukon, ein Ressourcen-Eldorado. Und im Herbst vergangenen Jahres bekräftigte die kanadische Regierung ihren Anspruch auf den Lomonosov-Rücken – eine rohstoffreiche Unterwasser-Bergkette, die auch Russland für sich reklamiert.

Laut Cannon-Erklärung ist das Interesse an der Arktis heute so groß wie nie zuvor. Deshalb sei es wichtig, dass Kanada als bedeutende Regionalmacht eine klare Position beziehe. Einer aktuellen, internationalen Umfrage zufolge stimmen 40 Prozent der Kanadier dieser eher konfrontativen Politik zu, mehr als die meisten Befragten in anderen arktischen Ländern.¹ Die Mehrheit der Kanadier betrachtet die Souveränität in der Arktis außerdem als höchste außenpolitische Priorität. Fünf Jahre Harper haben ihre Spuren hinterlassen.

UN-Debakel

Im Oktober musste Kanada seine größte außenpolitische Niederlage des Jahres 2010 einstecken: Das Land verlor das Rennen um einen nicht-ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Nach zwei Abstimmungsrunden mit peinlich wenig Unterstützung zog Kanada seine Bewerbung zurück. Es war seit über 50 Jahren der erste fehlgeschlagene Versuch, einen Sitz zu erringen. Die kanadische Öffentlichkeit reagierte nahezu ungläubig.

Doch der Misserfolg kam nicht von ungefähr. Mit seiner strikt pro-israelischen Position hatte sich Kanada bei den arabischen Ländern unbeliebt gemacht. Viele afrikanische Staaten spürten die Mittelkürzungen bei der Entwicklungshilfe, die Inselstaaten im Südpazifik waren über Kanadas Klimapolitik verärgert, die Europäer hatten mehr Grund für einen Kandidaten aus den eigenen Reihen zu stimmen und Portugal hatte die intelligentere Lobby-Arbeit betrieben. Kanadas diplomatische Kampagne hatte dagegen viel zu spät begonnen und es mangelte ihr an Glaubwürdigkeit. Schließlich hatte die Harper-Regierung ihr Desinteresse an den Vereinten Nationen wiederholt zum Ausdruck gebracht, insbesondere an Friedensmissionen und Menschenrechtsfragen.

Ein Tag im September 2009 dürfte den Delegierten besonders in Erinnerung geblieben sein: Prime Minister Stephen Harper verließ – noch vor der Rede von US-Präsident Barack Obama – eine hochrangige Diskussion in der UN-Vollversammlung zur Nichtverbreitung von Atomwaffen und zum Klimawandel, um die Tim-Hortons-Zentrale in Oakville, Ontario, zu besuchen. Mit dem Event wollte er die Entscheidung der einheimischen Kaffee-und-Doughnut-Kette würdigen, ihren Steuersitz nach Kanada zurück zu verlegen – nach einer deutlichen Senkung der Gewerbesteuer. »Unsere Priorität ist die kanadische Wirtschaft«, sagte sein Pressesprecher Dimitri Soudas anschließend, in Erklärungsnot geraten. »Nichts anderes hat Vorrang.«

Der liberale Abgeordnete David McGuinty hielt dagegen: »Mr. Harper glaubt nicht an multilaterale Institutionen. Tief drinnen ist er ein Isolationist.« Durch sein Fernbleiben von der Vollversammlung habe Harper, so McGuinty, »(...) unsere moderne Geschichte auf internationalem Niveau verraten – auf eine Art, wie sie niemand zuvor verraten hat.« Seit 2006 hatte Stephen Harper nur ein einziges Mal vor der UNO gesprochen; seine liberalen Vorgänger standen dagegen regelmäßig in New York am Rednerpult. Die Schuld an der verpatzten Wahl schob Außenminister Lawrence Cannon dennoch flugs auf den Vorsitzenden der Liberalen, Michael Ignatieff. Dieser hatte im Vorfeld öffentlich Zweifel geäußert, ob Kanada den Sitz im Sicherheitsrat zurzeit eigentlich verdiene.

1. <http://www.theglobeandmail.com/news/politics/in-the-arctic-canada-willing-to-fight-to-keep-the-true-north-free/article1881683>

Afghanistan

Mitte November rückte Afghanistan wieder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit: Überraschend verkündete die Regierung den »Rückzug vom Rückzug«. Während zuvor stets von einem endgültigen Abzug der Truppen bis Ende 2011 die Rede war, sollen nun rund 1 000 Soldaten als Ausbilder für die Afghan National Army im Land bleiben – allerdings nicht in Kandahar, sondern voraussichtlich in und um Kabul.

Es war ein *backroom deal*, von Konservativen und Liberalen gemeinsam ausgehandelt; das Parlament wurde bei dieser Entscheidung übergangen. Proteste zahlreicher Abgeordneter, insbesondere solche der sozialdemokratischen NDP, verhallten ohne Konsequenzen. Dabei hatte das House of Commons (nach einem Panel-Bericht von Ex-Außenminister John Manley) vor drei Jahren das Ende des Kampfeinsatzes für 2011 beschlossen. Die Regierung argumentierte, dass eine Trainingsmission kein Kampfeinsatz sei, und dass sie die Zustimmung des Parlamentes für die Entsendung von Truppen ohnehin nicht brauche. Das ist formaljuristisch richtig, wurde bei dieser Vorgehensweise trotzdem als Affront empfunden.

Klima

Bei den Klimaverhandlungen im Dezember »gewann« Kanada zum vierten Mal in Folge den Fossil of the Year Award. Er wird von einer internationalen Allianz aus Umwelt-NGOs an das Land verliehen, das am meisten dazu beigetragen hat, die Verhandlungen zu blockieren, zu behindern oder zu untergraben. Fest steht, dass Stephen Harper erst gar nicht den Versuch machte, die Kyoto-Ziele zu erreichen – obwohl Kanada 1998 das Protokoll als eines der ersten Länder unterzeichnet hatte. Bis heute ist es das einzige Land, das den Vertrag zuerst ratifiziert und sich dann öffentlich von seiner Erfüllung distanziert hat.

Da der Prime Minister aus dem konservativen, ölreichen Westen des Landes stammt, ist seine Politik stets pro Öl und pro Wirtschaft ausgerichtet; vor seinem Amtsantritt nannte er das Kyoto-Protokoll einmal einen »sozialistischen Plan«. Es gibt es in seinem Umfeld zudem genügend Klima-Skeptiker, die die Beweise für die von Menschen erzeugte Erderwärmung anzweifeln, wenn nicht gar ablehnen. Deshalb ist es für Harper kein

Widerspruch, einerseits der Arktis politische Priorität einzuräumen und andererseits den Klimawandel weitgehend zu ignorieren, der die dramatischen Veränderungen im Hohen Norden ausgelöst hat.

Während manche, anders denkende Provinzen ihre eigenen Klimaschutzmassnahmen eingeführt haben, besteht die Klimapolitik der kanadischen Bundesregierung im Wesentlichen darin, nach Washington zu schauen. »Harmonisierung« ist das Zauberwort: Man will den einheimischen Unternehmen keine Kosten für Emissionen auferlegen, wenn für US-amerikanische Firmen nicht dieselben Regeln gelten.

Im Januar bewies die kanadische Regierung, dass sie den Fossil-Award vielleicht tatsächlich verdient hat. Der neue Umweltminister Peter Kent war kaum ernannt, als er in einer ersten Amtshandlung die umstrittenen Ölsände in Alberta als »ethical« bezeichnete, als »moralisch einwandfrei«. Die Bemerkung war an den US-Markt gerichtet – als Verkaufsargument in Abgrenzung zu anderen Ländern, in denen die Gewinne, so Kent, für »Terrorismus, Ungerechtigkeit oder Tyrannei« verwandt würden.

Nur wenige Wochen später veröffentlichte der National Round Table on the Environment and the Economy, ein Beratungsorgan der Regierung, einen Bericht zur Klimaschutzpolitik. Er enthielt die Empfehlung, ein eigenes, nationales Emissionshandelssystem einzuführen, anstatt auf die Entwicklungen in den USA zu warten. Umweltminister Kent kommentierte die Empfehlung knapp mit den Worten: »Wir haben im Moment keine Pläne, so etwas zu tun.«

Der Außenminister

Im Dezember 2010 veröffentlichte die politische Wochenzeitung *The Hill Times* ihre jährliche Meinungsumfrage mit dem Titel: »The Best and Worst of Politics«. Den ersten Platz in der Kategorie »Schwächstes Kabinettsmitglied« belegte die ehemalige Frauenministerin Helena Guergis. Sie war von Stephen Harper im April unter dubiosen Umständen aus dem Amt entlassen und aus der Fraktion ausgeschlossen worden. Außenminister Lawrence Cannon landete auf dem zweiten Platz.



Über die Autorin

Meike Wöhlert ist Journalistin und war bis Januar 2011 *Canada Liaison Officer* des Washingtoner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Germany

Verantwortlich:
Anne Seyfferth
Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
Email: ID-INFO-WENA@fes.de
www.fes.de/international/wil | <http://www.fesdc.org>

Das FES-Büro in Washington, DC

Zentrales Ziel der Arbeit des Büros ist die Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne sozialdemokratischer Werte und Ideen. Mit unseren Programmen wollen wir deutsche und europäische Debatten mit US-amerikanischen und kanadischen verknüpfen. Darüber hinaus liegt es in unserem Interesse, Partner und Entscheidungsträger aus dritten Regionen in einen Dialog mit einzubinden, um Ideen und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu entwickeln. Zu diesen Regionen und Ländern gehören der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan, Russland und die Türkei.

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege von transatlantischen Netzwerken zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von *Think Tanks*, Universitäten, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die inhaltlichen Projektschwerpunkte des Büros liegen in den Bereichen Demokratieförderung und Konflikttransformation, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Minderheiten und Integration, Energie – und Klimapolitik sowie Arbeits – und Wirtschaftsbeziehungen.

Friedrich Ebert Foundation
1023 15th Street, NW | Suite 801
Washington, DC 20005
Tel.: +1-202-408-5444
Fax: +1-202-408-5537
Email: fesdc@fesdc.org | <http://www.fesdc.org>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Sichtweisen entsprechen nicht zwangsläufig denen der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Organisation, für die die Autorin tätig ist.